

**Kreistag Landkreis Rostock  
Ausschuss für Familien,  
Senioren, Soziales und Gesundheit**

Güstrow, den 19.10.2016

Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Familien, Senioren, Soziales und Gesundheit  
am 26.09.2016

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:10 Uhr

Ort: Am Wall 3-5, 18273 Güstrow, Raum 3.111,

An der Sitzung nahm teil:

Herr Dr. Mathias Wolschon  
Frau Karen Larisch  
Herr Uwe Burckhardt  
Herr Rudolf Kalina  
Herr Fritz Vornkahl  
Frau Heide-Marie Lübbert  
Frau Hanne-Lore Harder  
Herr Mathias Kohlstedt  
Frau Susanne Krone

entsch. fehlten:

unentsch. fehlten:

Frau Christine Dubberke

Verwaltung/Gäste:

Herr Meyer, Dez. II  
Frau Weiß, Sozialamt  
Frau Gießler, Sozialamt  
Frau Dr. von der Oelsnitz  
Frau Zerbe, Gesundheitsamt  
Frau Schuh, Büro für Chancengleichheit  
Herr Schumann, Behindertenbeirat

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellen der fristgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 15.08.2016
4. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bezahlbare Mobilität für alle (Drucksache Nr.: VI-159-2016)
5. Entscheidung zur Förderung in der Wohlfahrtspflege
6. Vorstellung des Sachgebietes „Betreuungsbehörde“ des Gesundheitsamtes
7. Informationen aus dem Gesundheitsamt
8. Informationen aus dem Sozialamt
9. Informationen aus dem Büro für Chancengleichheit
10. Informationen aus dem Fachdienst für Integration und Unterbringung von Flüchtlingen
11. Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes

## TOP 1

### **Eröffnung, Begrüßung und Feststellen der fristgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wolschon begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Gäste.

Herr Dr. Wolschon stellt die fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## TOP 2

### **Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Dr. Wolschon fragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Es gibt keine Änderungen.

In diesem Zusammenhang geht er auf die Anfrage des Ausschusses an die Verwaltung zum Thema Rederecht der Beiräte ein und schlägt vor, Herrn Schumann an dieser Stelle für die heutige Sitzung das Rederecht zu erteilen. Über das Schreiben konkret wird er im TOP 11 informieren.

Er bittet zur Erteilung des Rederechtes für das Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung, Herrn Schumann um die Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## TOP 3

Herr Dr. Wolschon fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll gibt.

Das Protokoll wird einvernehmlich bestätigt.

## TOP 4

### **Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bezahlbare Mobilität für alle (Drucksache Nr.: VI-159-2016)**

Herr Dr. Wolschon stellt Herrn Pastow vom Amt für Kreisentwicklung vor und erläutert nochmals den Werdegang der Beratung zur Beschlussvorlage. Er gibt das Wort an Herrn Pastow.

Herr Pastow stellt an Hand einer Power-Point-Präsentation den Verkehrsverbund Warnow vor und erläutert die relevanten tariflichen Zusammenhänge, die sich für die evtl. Einführung eines Sozialtickets von Bedeutung sind.

Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder macht er folgendes deutlich:

- Verbund besteht aus 8 Tarifzonen im Vergleich zur HRO mit einer Tarifzone
- Im Verbund stehen die Einnahmen für alle Mitglieder, auch für die HRO
- Vergünstigungen zu bestehenden Tickets gibt es bereits durch das Land durch verschiedene rechtliche Maßnahmen
- HRO beschränkt sein Sozialticket ausschließlich auf die HRO, dies ist im Verbund nicht denkbar
- Es könnten nur Einzelstrecken, ausgenommen der HRO förderbar sein, dies würde im Endeffekt teurer werden
- Einsparungen bzw. Mehreinnahmen werden nicht wirken
- Verbund macht unsere Fahrpreise insgesamt attraktiver, der LK befindet sich bundesweit mit den Preisen in einem guten Mittelfeld

Frau Larisch hinterfragt ob es möglich wäre, bestimmten Gruppen, wie zum Beispiel den ehrenamtlich Tätigen, eine Art Geschenkoption zu geben, konkret die Güstrow Card Gold zu geben. Sie bittet Herrn Meyer dies zu prüfen.

Herr Meyer meint, dass er dies prüfen lassen kann, gibt aber zu bedenken ob es kommunalrechtlich haltbar ist.

Herr Kohlstedt macht zusammenfassend deutlich, dass ein Sozialticket im Verbund des bestehenden Tarifgebietes keine Vorteile zu bringen scheint und eine gerecht Regelung in

unserem Flächenland schwierig hinzubekommen ist

**Herr Kalina** ergänzt, dass durch Land und Bund gefördert wird, konkret gibt es im SGB VIII eine Berücksichtigung für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

**Herr Kohlstedt** fragt, ob man wenigstens eine Teilgerechtigkeit finden könnte.

**Herr Pastow** gibt zu bedenken, dass bei einem entsprechenden Auftrag alles zu prüfen sei, die Preise, die Anspruchsberechtigten, die Nachweisführung sowie die Verwaltung. Es wären neue Strukturen zu schaffen und dies bis zum 01.01.2017.

Er weist in diesem Zusammenhang auch auf das bestehende HASIKO hin, welches bis zum Ende 2017 für die Verwaltung maßgebend ist.

**Herr Dr. Wolschon** erklärt, dass er auf Grund der wirtschaftlichen Zusammenhänge sein Votum nicht für die Einführung eines Sozialtickets, so wie es der Antrag fordert, geben kann.

**Herr Kalina** gibt zu bedenken, ob man die Thematik so rein wirtschaftlich sehen sollte, sie sei auch noch nicht in den Fraktionen diskutiert worden.

**Herr Dr. Wolschon** appelliert, an die Mitglieder, die Diskussion zum Abschluss zu bringen bittet die Ausschussmitglieder darum, zu dem vorliegenden Antrag ihr Votum abzugeben.

**Der Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit** stimmt mehrheitlich gegen die Einführung eines Sozialtickets.

#### TOP 5

##### **Entscheidung zur Förderung in der Wohlfahrtspflege**

**Herr Dr. Wolschon** gibt das Wort an Frau Weiß, als Vertreterin des Sozialamtes.

**Frau Weiß** teilt den Vorschlag zur Verteilung der 650,-EUR im Auftrag von Frau Mätsch mit. Der Vorschlag lautet:

Der Sachkostenzuschuss wird wie folgt verteilt:

325,-EUR an die CARISAT Güstrow

325,-EUR an die Suppenküche DBR.

**Herr Dr. Wolschon** bittet um die Abstimmung.

**Der Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit** stimmt einstimmig dem Vorschlag zu.

#### TOP 6

##### **Vorstellung des Sachgebietes „Betreuungsbehörde“ des Gesundheitsamtes**

**Herr Dr. Wolschon** gibt das Wort an das Gesundheitsamt.

**Frau Dr. von der Oelsnitz** leitet kurz ein und stellt Frau Zerbe als Sachgebietsleiterin der Betreuungsbehörde vor.

**Frau Zerbe** berichtet sehr anschaulich über die Arbeit der Betreuungsbehörde, welche das Ziel hat, Betreuung zu vermeiden, aber wo es notwendig ist, Betreuung optimal zu gestalten, zu begleiten und zu führen. An Hand einer Ausarbeitung stellt sie stichpunktartig die aktuellen Zahlen, die Beratungsaufgaben und andere Hilfen, die gesetzlichen Grundlagen, den Ablauf eines Betreuungsverfahrens und die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten dar.

Dabei wird, wie Herr Kalina betont, die wichtige Aufgabe der Betreuungsbehörde, als Pflichtaufgabe der Verwaltung deutlich. Einnahmen gibt es nur über Gebühren.

**Frau Zerbe** ergänzt, dass auf Grund der hohen Kosten einer Betreuung es immer Ziel ist, andere Hilfen zu vermitteln. Dabei wäre es ihrer Ansicht nach hilfreich, wenn dies auch von anderen Beteiligten so gesehen würde. Manchmal reichen schon vorübergehende Hilfen, es müsse nicht immer eine Betreuung angeordnet werden.

**Herr Dr. Wolschon** dankt Frau Zerbe für die interessanten Ausführungen.

## TOP 7

### Informationen aus dem Gesundheitsamt

**Frau Dr. von der Oelsnitz** hat keine Information aus dem Gesundheitsamt.

**Herr Meyer** äußert sich zu einem personalrechtlichen Thema, welches von Herrn Kalina auf der letzten Sitzung angesprochen wurde.

Dabei geht es um den Facharztmangel, welcher aus bekannten Gründen nach wie vor besteht. Die Dezernenten und Beigeordnete sollen sich dem Problem annehmen. Dies wurde getan und wird im Stellenplan 2017/2018 ersichtlich sein.

Durch den Ausschuss wurden die 2 zusätzlichen Stellen im Bereich Kinder- und Jugendärztlicher Dienst gefordert. Der Sachstand wurde weitergegeben und berücksichtigt. Geplant ist ebenfalls die Umstellung der Facharztstellen auf Verbeamtung.

**Herr Dr. Wolschon** wirft ein, dass dies ein bundesweites Problem sei, welches auch beim Gesundheitsausschuss des Deutschen Landkreistages mit hohem Druck bearbeitet wird. Ähnlich auch dem Problem der Rettungsärzte und Notärzte, speziell in M-V.

**Frau Lübbert** möchte dem Nachdruck verleihen, denn es sei das Recht der Eltern, die Pflichtuntersuchungen durch Fachärzte einzufordern.

## TOP 8

### Informationen aus dem Sozialamt

**Frau Weiß** berichtet aus dem Sozialamt wie folgt:

- Fortschreibung der Pflegesozialplanung wurde auf dem Workshop mit den Sozialpartnern beraten, der Rücklauf und die Teilnahme war nicht so gut, Ergebnisse des Workshops werden bearbeitet und die Zwischenergebnisse in 1/2017 präsentiert  
Der Ausschuss vereinbart den 16.01.2017 als Termin zur Präsentation der Ergebnisse.
- Fortschreibung der KDU-Richtlinie ist in Arbeit, Ergebnisse können auf der nächsten Sitzung präsentiert werden
- 2017 gibt es Gesetzesänderungen  
Bundesteilhabegesetz  
Pflegestärkungsgesetz III  
Regelbedarfsermittlungsgesetz
- Termin Antragstellung für 2017 bis 31.10.2016 für Vereine und Verbände

**Herr Kohlstedt** erklärt zum letzten Punkt, dass er für das Blaue Kreuz mit den 4 LK-Gruppen für 2017 keine Anträge stellen wird. Er möchte sehen, ob die Gruppen selber aktiv werden.

## TOP 9

### Informationen aus dem Büro für Chancengleichheit

**Frau Schuh** stellt sich als Mitarbeiter im Büro für Chancengleichheit vor und berichtet über die Arbeit des Büros wie folgt:

- Kommunale Präventionsrat Landkreis Rostock wird sich mit ca. 20 Mitgliedern gründen, dazu gibt es am 28.09. einen Strategieworkshop in DBR im Kornhus mit dem Ziel, erste Ideen zu sammeln, weiterhin gibt es die AG  
Die Arbeit wird durch das Büro für Chancengleichheit koordiniert.
- Info über die Idee eines Filmprojektes mit dem Team Projektraum zum generationenübergreifenden Ehrenamt, dazu läuft eine Umfrage
- Info über das Vorhaben „Kamingespräch“ in Bad Doberan im ovalen Saal, Gespräch wird gesucht mit Ehrenamtlern, mit der KTP Frau Lochner, dem Landrat

Herrn Constien und Herrn Holze von der Ehrenamtsstiftung, geplant ist eine erste Impulsveranstaltung mit dem Ziel jährliche Kamingespräche zu organisieren, dies Projekt wird online stehen ab 05.10.

## TOP 10

### Informationen aus dem Fachdienst für Integration und Unterbringung von Flüchtlingen

**Herr Meyer** äußert sich zu statistischen Zahlen zur aktuellen Unterbringung und informiert, dass der Landkreis die dezentralen Unterkünfte auf ein ordnungsgemäßes Verhältnis zurückgefahren wird.

**Herr Dr. Wolschon** ergänzt mit aktuellen Zahlen des Landkreistages zu MV.

Auf die Frage, warum die dezentrale Unterbringung zurückgefahren wird, antwortet **Herr Meyer**, dass dies so im Gesetz verankert sei und das Innenministerium auf Umsetzung dringt.

Auf die Aussage von **Herr Kohlstedt**, dass er in diesem Handeln die Gefahr sieht, dass dabei viel Engagement in den Gemeinden zerstört wird, antwortet Herr Meyer, dass die Rechtsprechung Grenzen zieht.

**Herr Kohlstedt** meint, dass dies gegen jede Vernunft spreche, den Leuten vor Ort wird die Sachlage so nicht verständlich gemacht.

Er fragt, ob die Situation denn nicht nach oben getragen wird.

**Herr Meyer** antwortet, dass Recht und Gesetz bindend ist.

**Frau Larisch** gibt Herrn Kohlstedt Recht und meint, dass die ehrenamtlichen Helfer zu leise waren. Es wurde zu wenig miteinander gesprochen im Landkreis, hier müsse sich etwas ändern.

**Herr Kalina** mahnt an, dass die Ausschussmitglieder vorsichtig sein sollten mit Äußerungen, sie seien Multiplikatoren. Er fragt, ob es in Güstrow Probleme gäbe und ob es Kontrollmechanismen bei den Bewachungsdiensten gibt.

**Herr Meyer** trägt die Fragen weiter und bittet den zuständigen Dezernenten sich zu informieren.

**Herr Dr. Wolschon** stellt im Zusammenhang mit dem Fachdienst Fragen:

Gibt es bei Krankenscheinen für Flüchtlinge Missbrauch?

Ist in Bützow ein Fall bekannt, wo eine Gruppe junger Männer eine Wohnung verwüstet hat?

**Herr Meyer** antwortet, dass ihm vom FD bestätigt wurde, dass es bezüglich der Krankenscheine keine Probleme gibt. Originalscheine sind limitiert, Kopien werden nicht anerkannt.

Bezüglich der 2. Frage sei ihm nichts bekannt.

**Frau Gießler** vom Sozialamt ergänzt, dass die Flüchtlinge angehalten werden zur Grundversorgung zum selben Arzt zu gehen. Was den Notfall betrifft, da hat natürlich niemand im Notfall einen Schein in der Tasche. Über Missbrauch ist ihr nichts bekannt.

**Herr Dr. Wolschon** berichtet von einem Notfall einer Backenzahnbehandlung und einer Nachfrage beim Sozialamt ohne wirkliche Antwort. Er bittet darum, auch mal innerhalb der Behörde zu kommunizieren und unbürokratisch zu helfen.

## TOP 11

### Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes

**Herr Dr. Wolschon** fragt, ob es Anfragen gibt.

- **Frau Lübbert** informiert über die Vorstandssitzung des Kreissenioresenbeirates. Sie

fragt, warum Herr Luth zurückgetreten ist.

**Herr Kalina** berichtet, dass es wohl an der Zusammenarbeit mit der Verwaltung gemangelt hat, er fühlte sich nicht ausreichend wertgeschätzt.

**Frau Schuh** informiert darüber, dass die Kündigung zum 31.08.2016 schriftlich eingegangen ist und Herr Schumann amtierender Beiratsvorsitzender ist.

**Herr Schumann** teilt den Termin der nächsten Mitgliederversammlung am 11.10. mit. Es wird dort unter anderem darum gehen, wie es weiter gehen soll bis zur Wahl im Dezember.

Zur Kündigung von Herrn Luth informiert Herr Schumann, dass es ein Schreiben gibt, indem Herr Luth seine Gründe für seine persönliche Entscheidung mitteilt, er schreibt zur Stellung des Behindertenbeirates und bemängelt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Beirat.

- **Herr Dr. Wolschon** informiert über den Schriftwechsel bezüglich der Stellungnahme von Herrn Luth zu einer Anfrage des Behindertenbeirates der Stadt Güstrow zur Errichtung einer barrierefreien City-WC-Anlage am Bahnhof Güstrow. Hierzu hat sich Herr Dr. Wolschon an das Bauamt des LK, Frau Klawitter gewandt. Er verliest die Antwort des Sachgebietsleiters der Unteren Bauaufsichtsbehörde und bemängelt, dass es trotz direkten Anschreibens an die Bauamtsleiterin, Frau Klawitter, zu keiner persönlichen Antwort an ihn als Ausschussvorsitzenden gab. Er bittet dies zu Protokoll zu nehmen. Das Schreiben des Mitarbeiters soll mit dem Protokoll versendet werden.

**Herr Schumann** äußert sich zur Sache und geht auf verschiedene rechtliche Grundlagen zur Barrierefreiheit ein. Das Votum von Herrn Luth liegt bei den Unterlagen.

In der Diskussion zum Thema wird die allgemeine Unzufriedenheit deutlich.

Herr Kalina regt an, die Thematik erneut zu beraten und zu prüfen inwieweit die herangezogenen rechtlichen Vorschriften Rechtssicherheit in der Diskussion bieten.

- **Herr Dr. Wolschon** informiert über die Antwort des Rechtsamtes bezüglich der Anfrage Rederecht der Beiräte. Er verliest die Antwort und gibt auf die Nachfragen von Herrn Schumann die entsprechende Klarstellung. Die Antwort ist mit dem Protokoll zu versenden.

- **Herr Meyer** informiert über die 2. Aktionswoche der seelischen Gesundheit.

**Herr Dr. Wolschon** schließt die Sitzung.



gez. Herr Dr. Wolschon  
Vorsitzender



gez. Frau Sitte  
Protokollantin